

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einigungsversuche im Metallarbeiterstreik.

Die Streiklage wenig verändert.

Die Streiklage in der Berliner Metallindustrie ist zurzeit noch unverändert. Die Arbeit in den von der Streikleitung stillgelegten Betrieben ruht vollständig. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist derart, daß die Streikleitung Mühe hat, eine unnötige Ausdehnung des Kampfes zu verhindern. Es wird ganz besonders von kommunistischer Seite darauf hingearbeitet, „die Kampffront zu erweitern“. Auf diese Rechnung ist der wilde Zustand in den beiden Oberschönweider UEG-Betrieben, den Kabelwerken Oberspree und dem Transformatorwerk zu setzen. Die Belegschaften zweier anderer Werke in Oberschönweide, und zwar die der UEG und Frister sind gleichfalls in die Bewegung hineingezogen worden.

Es muß demgegenüber betont werden, daß die eingeschlagene Taktik nach reiflicher Überlegung gewählt worden ist. Es liegen im Augenblick keinerlei Umstände vor, die eine Änderung dieser Taktik notwendig machen würden. Der Erfolg des Kampfes hängt wesentlich ab von der geschlossenen Disziplin der Metallarbeiter. Es liegt in deren Interesse, ohne ausdrückliche Anordnung der Streikleitung keinerlei Maßnahmen zu treffen.

Unbegründet sind gleichfalls die kursierenden Gerüchte von einem Beschluß über die Höhe eines abzuführenden Solidaritätsbeitrages der Arbeitenden. Ein derartiger Beschluß ist bisher nicht gefaßt worden.

Wie wir andererseits erfahren, ist von unparteiischer Seite ein Vermittlungsvorschlag zur Beilegung des Kampfes in der Berliner Metallindustrie gemacht worden. Von der Streikleitung ist auf diesen Vorschlag erwidert worden, daß sie sich einem solchen Vorschlag in keiner Weise widersetzen werde. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben alles getan, um einen offenen Kampf wenn irgend möglich zu vermeiden. Sie sind also auch jederzeit bereit, einem Vermittlungsvorschlag auf annehmbarer Grundlage näherzutreten. Es liegt einzig an den Leitern des Verbandes der Berliner Metallindustriellen, darüber zu entscheiden, ob ein solcher Vorschlag Aussicht auf Erfolg habe. Die Unternehmer haben, soweit bekannt ist, zu dem Vorschlag bisher keine Stellung genommen. Der Streik geht infolgedessen in der bisherigen Form unverändert weiter.

Aktiver oder passiver Widerstand?

Von Heinrich Köppler.

Die einzig denkbare und auch durchaus berechtigte Kampfart in den Rhein- und Ruhrgebieten war und ist dem eingedrungenen Militarismus jede Arbeits- und Dienstleistung zu verweigern, um es ihm dadurch unmöglich zu machen, mit Gewalt das gesteckte Ziel zu erreichen und so seine Auftraggeber zu bewegen, daß sie von der Gewalttheorie und -praxis ablassen, sich dafür aber in Verhandlungen begeben, um dort eine Verständigung über die Reparationsfrage zu suchen. Andere Ziele hat der passive Widerstand nicht. Durch ihn soll weder ein neuer Krieg entfacht, noch soll dem Gedanken Ausdruck gegeben werden, daß Deutschland überhaupt keine Reparationen leisten will, wie in französischen Chauvinistenkreisen zum Zwecke der Volkseinstimmung behauptet wird. Die Entschlüsse für diese Kampfart wurden ohne lange Beratungen aus den Reihen heraus geboren und waren dort auch ohne Regierungsbeschlüsse gereift. Agitatoren für diese Idee war der bis an die Zähne bewaffnete Militarismus bei seinem Erscheinen im Einbruchgebiet. Da einiger Vernunft hätte ihm längstens klar geworden sein müssen, daß mit Schind und Speer, mit Kanonen, Minenwerfern und Maschinengewehren zwar Menschen vergewaltigt werden können, aber keine Pfänder produktiv werden. Ein Kampf, wie er in den Rhein- und Ruhrgebieten geführt wird, kann nicht befohlen werden, weil die Bürger einer demokratischen Republik keine militärischen Formationen sind, die auf Befehle gehorchen. Die Bevölkerung mußte sehr wohl, was sie tat, als sie sich für die passive Kampfweise entschied. Würde sie sich der Waffen bedienen haben, die der brutale Militarismus zu ihrer Bedrückung anwendet, dann wären die Wasser des Rheins und der Ruhr nicht mehr schwarzblau, sondern blutigrot und die Arbeitsstätten von Millionen Menschen würden Schuttberge sein.

Geistig und seelisch erfordert aber diese Kampfart die höchste Aktivität und Ueberlegung. Man bedachte bitte: Seit 6 Monaten sind die Bewohner des Einbruches und des abgesetzten Gebietes ihrer bürgerlichen, politischen und persönlichen Freiheit beraubt, sie sind sich ihres Eigentums und ihres Lebens nicht sicher, Tausende wurden schon von ihrem Bestitztum und aus ihrer Heimat vertrieben, unter Zurücklassung alles dessen, was sie oft in einem Menschenalter erarbeitet und erworben hatten, und was ihnen daher heilig und teuer war, ungewiß, ob sie es jemals und wenn, in welcher Verfassung sie es wiederfinden. Dies und noch mehr, viel mehr, erdulden zu müssen, ohne sich wehren zu können und sollen, das erfordert die größte Nervenspannkraft, die jemals nur denkbar war. Wenn dann einzelne der so brutal behandelten Bevölkerung nach Rache- und Sabotageakte sinnen und auch solche ausführen, dann ist das menschlich verständlich und psychologisch erklärlich, wenn auch nicht zu billigen. Für Seidenchaftsausbrüche der gequälten Bevölkerung haben wir mit sollten auch ihre brutalen Feindes Verständnis haben. Wir schreiben keine Entschuldigung für Sabotageakte, sondern wollen nur manches psychologisch erklären. Ist es doch schon vorgekommen, daß ein Eisenbahner Hand an sich selbst legte, um seiner Familie die Ausweisung und das Vertreiben vom kleinen Besitztum zu ersparen, das er bei seinem Leben befristete. Wer eine solche Tat begeht, befindet sich in einem seelischen Zustand, der ihn auch zu anderen Taten befähigt.

Einige ist sich aber die gesamte Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr, daß „Helbenjünglinge“, die nicht in den gequälten Gebieten beheimatet sind, ein gemeingefährliches Spiel treiben, wenn sie versuchen, Sabotageakte zu begehen oder schon begangen haben. So oft wir mit Arbeitern, Beamten, Gewerbetreibenden und Unternehmern über diese Dinge sprachen, hörten wir nur eine Meinung: Man verschone das Gebiet mit Sabotageakte, denn sie geben billige Gründe ab, ganze Städte und Gemeinden roh zu behandeln, Kontributionen einzutreiben, die oft hoch in die Milliarden gehen, kurzum, überhaupt nichts zu unterlassen, was fühl- und ruhige Ueberlegung beseitigen kann. Daraus warten die Verantwortlichen der Einbruchesarmeen schon lange. Die Regierungen der Länder und des Reiches haben daher die Pflicht, in klarer und schärfter Form vor Sabotageakte zu warnen und im freien Teil der Republik in strengste Verfolgungen einzutreten, wo sich Strömungen zeigen, die dergleichen Vorhaben vermehren lassen. Schärferereien in wohlhabenderen Sphären helfen da nicht, sondern es muß in rücksichtsloser Offenheit ausgesprochen werden, was zu unterbleiben hat. Das erfordert die Lage im Einbruchgebiet.

Die Befehlsgewaltigen der Einbruchesarmeen sind also nicht unschuldig an den Ereignissen, das sich herumtreibende Spindelheer, die agent provokateur, sind einmal ein geeigneter Sunnspöden für das Gedeihen von Unruhen. In der Aufsicht solcher Gestalten sind wamentlich die Franzosen Meißner. Das muß ihnen neidlos zugestanden werden. Wer ihnen dienbar ist, darf es sich erlauben, in schärfster Form öffentlich aufzutreten, ja hier sogar anzugreifen, um sich Vertrauen zu erwerben. Einer der jüdischsten Hegei während der Weimarerzeit in Bochum war der Kommunist Falkus. Neben einem fanatischen Haß gegen die Bourgeoisie, präbige er demnach die Notwendigkeit des Sturms auf die Zentrale des Bergarbeiterverbandes, um die „Verräter“ an der vertreiben, bis bereit seien, mit Sinnes und uns zuschauen, das Ruhrgebiet an die Franzosen zu verschachern, weil sie für eine Verständigung anstatt für schärfsten Kampf gegen die Franzosen eintreten. Dieser Mann war bezahlter Spion der Franzosen, der nach seiner Enttarnung verhaftete. Er

Franko-belgischer Schritt in Berlin.

Abberufung der Botschafter, wenn Cuno die Attentate nicht brandmarkt.

Paris, 7. Juli. (Gca.) In später Nachmittagsstunden veröffentlicht das Havasbureau folgendes aufsehenerregendes Telegramm aus London: Es verlautet hier Gerüchte, daß die belgische Regierung der deutschen Reichsregierung eine Note gesandt habe, in der Reichskanzler Cuno ersucht wird, die gegen die Besatzungstruppen im Rheinland und an der Ruhr begangenen Attentate zu brandmarken. Die französische Regierung hat sich diesem Schritte angeschlossen. Wenn das Deutsche Reich keine Genugtuung gebe, würden der Botschafter Frankreichs und der Gesandte Belgiens Berlin verlassen und die Führung der Geschäfte den Geschäftsträgern überlassen.

Die englisch-französischen Verhandlungen.

Paris, 7. Juli. (Wib.) Zum Stande der französisch-englischen Verhandlungen in der Reparations- und Ruhrfrage schreibt „Petit Parisien“, obwohl Lord Curzon gestern kein Dokument im offiziellen Sinne des Wortes durch den französischen Botschafter übermittelt worden sei, könne man doch bestätigen, daß seit gestern abend die englische Regierung

im Besitze der genauen Formel sei, die sie als Antwort auf ihren Fragebogen verlangt habe. Man scheint eine Schwierigkeit der Prozedur beseitigt zu haben. Nach dem „Echo de Paris“ hat Poincaré den französischen Botschafter in London anerkennend beauftragt, Baldwin und Curzon die Inkruktionen zu übermitteln, die ihm nach Empfang des englischen Fragebogens am 13. Juli übermittelt worden seien. Trotz dieses französischen Nachgebens behauptet der „Petit Parisien“, daß die ersten Schwierigkeiten fortbestehen und jedes

Abkommen zwischen London und Paris problematisch erscheinen ließe. Wie aus den letzten Verhandlungen hervorgehe, habe man sich über die Debatte selbst nicht verständigen können. Frankreich und Belgien seien beide der Ansicht, daß nach vier Jahren unangenehmer Erfahrungen nichts anderes übrig bleibe, wenn man Deutschland zum Zahlen bringen wolle, als ausschließlich Zwang anzuwenden. England im Gegenteil glaube, daß der Schuldner nur zahlen könne, wenn man ihm gegenüber Ueberlegung anwendet. Deshalb weigere es sich, trotz seines Wunschens, sich Frankreich zu nähern, der Ruhrprobleme direkt oder indirekt zuzufassen.

London, 7. Juli. (Gca.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meint, daß der Hauptzweck der Demarche des Grafen St. Austre der gewesen sei, mehr als jemals die Unmöglichkeit hervortreten zu lassen, den französischen und englischen Standpunkt in der Ruhrfrage, hinsichtlich einer sofortigen von England gewünschten gemeinsamen Antwort auf das letzte deutsche Memorandum und hinsichtlich des fernere liegenden Problems der progressiven Räumung und der wirtschaftlichen Befreiung einschließlich der Kontrolle produktiver Pfänder einander zu nähern. Frankreich scheint immer noch nicht einzusehen, daß eine Antwort auf das deutsche Memorandum dringlich und eine Diskussion der Reparationsbedeutung und notwendig sei. Im Augenblick scheint sich die französische Regierung nur für eine

formelle Kapitulation Deutschlands zu interessieren, ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, daß der Zusammenbruch und das innere Chaos, vielleicht sogar der Bürgerkrieg die Folgen sind, die in Deutschland mehr als wahrscheinlich seien, wenn die augenblickliche Lage noch länger anhalte. Die englische Regierung meint, es sei notwendig, einen Zusammenbruch der verhängnisvollen Folgen halber, die er für Europa haben könnte, zu vermeiden.

Pessimismus in Paris.

Paris, 7. Juli. „Ere Nouvelle“ beurteilt die Lage wie folgt: Die französisch-englischen Verhandlungen, auf die von gewissen Seiten immer noch unwahrscheinliche Hoffnungen gesetzt

werden, erscheinen mehr und mehr als auf dem Wege dem Bruche zu. Das einzige Mittel, die Nation zu retten, wäre, daß Poincaré die von den Belgiern vorgeschlagene Kompromißformel annehme, die sich an gewisse britische Ansichten anlehnt, die der englische Botschafter gestern gegenüber den französischen Ministerpräsidenten bekundet hat. Was dies anlangt, so sind wie der Ansicht, daß es ausgeschlossen ist, zwischen den beiderseitigen Auffassungen eine tragfähige Brücke zu schlagen. Das englische Kabinett hat uns gegenüber eine aggressive Haltung eingenommen. Die Offensivlinie ist für den Augenblick auf finanziellen Gebiet erkennbar. Der Franke hat einen schmerzlichen Schlag erlitten, der wahrscheinlich nicht der letzte sein wird. Wer hat das Zeichen zum Angriff gegeben? Zweifellos das Londoner Schahamt im Einvernehmen mit Washington. Die Ungleichheiten scheinen beunruhigt über unsere imperialistisch gefärbten Pläne und einschließen, den Anknüpfungspunkt unserer Politik, d. h. unsere Währung, zu zerstören.

Der Geheimbericht des „Observer“.

London, 7. Juli. (Wib.) „Daily Herald“ veröffentlicht eine Note, wonach der Verfasser des von dem „Observer“ vor 10 Tagen veröffentlichten Artikels der Delegierte de Giffors in der interalliierten Rheinlandkommission sei. Dieser habe auf Veranlassung des Oberkommissars direkt Verhandlungen mit Dr. Dornen geführt.

Der Ehrhardt-Prozess.

Die H.S.-Korrespondenz berichtet: Das Aktenmaterial im Ehrhardt-Prozess, welches aus etwa 40 Aktenbänden besteht, befindet sich seit Mitte Juni in den Händen des Vorsitzenden, Senatspräsidenten Dr. Schmidt. Ein Hauptverhandlungstermin war und ist bisher überhaupt noch nicht anberaumt. Es ist aber als Zeitpunkt für den Beginn der Verhandlung, deren Dauer auf 10 Tage geschätzt wird, der 23. Juli dieses Jahres vorgesehen. An diesem Termin soll, falls nicht erhebliche Hindernisse sich entgegenstellen, festgehalten werden. Die Anklage richtet sich bekanntermäßen gegen Ehrhardt auf Hochverrat wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch; er soll sich ferner einer falschen eidlichen Angabe über seine Person vor dem Untersuchungsrichter Dr. Metz schuldig gemacht haben. Daneben sind die Prinzessin Margarete von Hohenlohe-Dehringen, der Leutnant z. S. a. D. Franz Ludwig und der Professor der Augenheilkunde Dr. Karl Schäffer, sämtlich in München, wegen Begünstigung im Zusammenhang mit der Zeugniserklärung angeklagt. Die Verteidigung des Kapitän Ehrhardt führt Rechtsanwalt Dr. Lutzgebrunn-Göttingen, während die übrigen Angeklagten von den Rechtsanwälten Dr. Schielein-München, Dr. Müller II Hannover und Meißner-Weipzig verteidigt werden. Die Anklagebehörde, die im Hauptverhandlungstermin von dem Oberstaatsanwalt Dr. Ebermayer selbst vertreten wird, hat bereits 87 Zeugen und 61 Urkunden zur Stützung ihrer Anklage benannt. Die Anträge der Verteidigung liegen bislang noch vor. Es wird jedoch mit der Vernehmung von rund 100 Zeugen in der Hauptverhandlung gerechnet.

Druck auf die Kurse.

Die Reichsbank hielt bei der heutigen Desinfekturfestsetzung die Kurse auf der Höhe des Vortages. Es wurden festgesetzt Holland mit 68 827 bis 69 172, London mit 798 000 bis 802 000 und New York mit 175 500 bis 176 440. Der Bedarf war außerordentlich groß und die Hauptdevisen wurden mit nur 5 Proz. zugewinkt. Selbst Belgien wie Japan erfahren eine Depressierung von 50 Proz.

Germany verbietet Fremden Geldanleihe.

Bremen, 7. Juli. (Hörsing's Telegraph-Bureau.) Der Reichsfinanzminister hat gegen die fremde Dollarleihe Einspruch erhoben, da durch sie eine Beeinträchtigung der Mark zu befürchten sei. Die Anleihe muß daher verschoben werden.

dürfte in einem anderen Teil des Reviers, wo er weniger bekannt ist, unter Benutzung falscher, von den Franzosen aus- gestellter Papiere, sein schmutziges Gewerbe weiterbetreiben. Dieser Mann hatte sich zum Ziele genommen, die Zentrale des Bergarbeiter-Berbandes aus dem Ruhrgebiet hinauszubringen, deren Ausweisung die Franzosen mit Rücksicht auf die Arbeiterstimmung bisher unterließen; das ist nur ein einziger Blick in den Abgrund einer moralischen Verkommenheit, wie er von den Franzosen gewollt wird.

Und dann weiter: Auf welcher Seite haben die Gewalt- und Sabotageakte, die Störungen der Wirtschaft und des normalen Lebens ihren Anfang genommen? Das gestörte Eisenbahn- und Verkehrsnetz, die Bochumer Handelskammer, das Herner Gewerkschaftshaus, zahlreiche Geschäftshäuser, Banken und viele andere Einrichtungen geben Zeugnis dafür. Wer hat den staatlichen Ordnungsdienst zerstückelt, die Polizeibeamten wie das Vieh oft unter rohen Mißhandlungen aus dem Ruhrrevier vertrieben? Die staatliche Ordnung wurde mit sadistischem Wohlbehagen von den Eindringlingen geschändet und in Scherben der Unordnung zerhackt. Ueberhaupt ist der Einbruch in das Ruhrgebiet, als ein Vormarsch gegen die staatliche Ordnung der deutschen Republik zu werten. Wer ihn beging, hat jedes moralische Recht verwirkt, über andere, gleichviel welcher Bergehe er auch beschuldigt werden, zu Gericht zu sitzen. Die Gerichtspraxis der Einbruchshoere kann sich nicht stützen auf ein klares Recht, sondern nur auf rohe Gewalt, und die mitwirkenden Richter sind daher, vom wirklichen Recht aus gesehen, übel beleumdet. Ebenso klar aber wollen wir betonen: die einzige Waffe in dem uns ausgezwungenen Kampf, an nur die passive Resistenz sein und sie allein muß es bleiben.

Kommunistische Provokation.

Das Polizeipräsidium teilt mit:

Nachdem der Polizeipräsident von Berlin verschiedentlich den Angehörigen politisch linksstehender Parteien, vor allem auch den Kommunisten, demonstrative Trauerzüge für verstorbene oder aus politischem Anlaß getötete Parteimitglieder freigegeben hatte, ist jetzt der deutschnationalen Bismarck-Jugend vom Polizeipräsidenten Richter ein Trauerzug für den jüngst von Kommunisten erschossenen Walter Rudnik genehmigt worden. Um einen ungehinderten Verlauf des Zeichenbegünstigung zu gewährleisten, hatte sich der Polizeipräsident mit den verschiedenen politischen Organisationen in Verbindung gesetzt. Hierbei hatten die Leiter der Groß-Berliner kommunistischen Organisation, Pfeiffer und Stadtrat Grylewicz, erklärt, es würden von Seiten der Kommunisten dem Trauerzug keine Schwierigkeiten in dem Weg gesetzt werden. Trotzdem bringt es die heutige Morgennummer des Berliner kommunistischen Zentralorgans, „Die rote Fahne“, fertig, in kaum verhüllter Form die Berliner Arbeiterschaft zu einer gewaltigen Störung des Trauerzuges aufzufordern. Unter der Ueberschrift: „Metallarbeiter Richter, was werden Sie tun?“ wird der Trauerzug eine „unerhörte Provokation der Arbeiterschaft“ genannt, wird der Polizeipräsident zur Verhinderung der „schändlichen Demonstration“ aufgefordert und wird angefragt, ob es wieder „Arbeiterleichen in Berlin“ geben solle. Mit Rücksicht auf die verheerende Sprache der „Roten Fahne“ hat der Polizeipräsident seine Organe erneut angewiesen, mit allen Mitteln für den Schutz des behördlich genehmigten Trauerzuges Sorge zu tragen.

Diese demagogische Warnung des Polizeipräsidenten, ist leider nach den demagogischen Begriffen der „Fahne“ nur zu berechtigt. Wir haben bereits in unserer Morgenausgabe auf die Beerdigung des deutschnationalen Bismarckbündlers Rudnik hingewiesen. Wir glauben, daß die Berliner Arbeiterschaft geschult genug ist, um den kommunistischen Drahtziehern das Konzept zu verderben.

Neues italisches Kabinett. Das neue italisches Kabinett ist gebildet. Ministerpräsident ist Calvanos, der gleichzeitig Außenminister ist. Landwirtschaftsminister der Führer der christlichen Demokraten, Turupawicic, Kriegsminister Schiliss, Innenminister Szalkauskas, Finanzminister Petruffi.

Louis Corinth.

Es ist jetzt ungefähr ein halbes Jahrhundert her, seit in Frankreich der erste Versuch gemacht wurde, die im akademischen Betriebe verwässerte und verkümmerte Malerei durch die „Rückkehr zur Natur“ mit neuem Leben zu erfüllen. Alles, was das Auge erblickte, wurde nun Gegenstand der Kunst und genau so, wie man die Dinge sah, suchte man sie auf der Leinwand festzuhalten. Der Eindruck abstrakter Naturmohrheit sollte erreicht werden, und man erkannte bald, daß man diesem Ziel durch eine breite, pastöse, flatte Mache sehr viel näher kam als durch die glatte, detaillierende Manier der alten Schule.

Im Lauf der nächsten Jahrzehnte ergriff die neue Bewegung alle Kulturländer. Selbstverständlich wurden ihre Anhänger anfangs vom Publikum und dem größten Teile der Kritik für Schwärmer oder Verwirrte erklärt, aber das hinderte nicht, daß alle Talente der damals jungen Generation sich dem „Impressionismus“ — so nannte man die neue Richtung — begeistert anschlossen. Zu den Talentvollsten zählte der Offizier Louis Corinth, der 1858 in dem Städtchen Tapiau geboren war und in Königsberg, München und Paris seine Ausbildung als Maler genossen hatte. Was ihn, den Menschen und Künstler, charakterisierte, war eine unerschütterliche Sinnensreue, eine unabhingige Lust an strophischer Fülle und derber Kraftausfaltung. Er führte Pinakel und Spachtel mit einer Bravour über die Leinwand und wußte die malerische Technik des Impressionismus zu einer Virtuosität zu erheben, die sich allerdings nicht mehr zu übertrumpfen war. In dieser Hinsicht bedeutet das Werk Corinth ein Beispiel im Entwicklungsstadium der zeitgenössischen Malerei. Aber seine Gemälde sind nicht nur Produkte eines grandiosen Handwerks, sondern es spricht aus ihnen ein Weiser von ungewöhnlich feinem, eigenartigem und kultiviertem Fortschritt. Was ihnen mangelt, ist die Fähigkeit des rhythmischen Bildaufbaus und die Befähigung tieferen seelischen Gehaltes. Mit fabelhaftem Wucht und in konzentrierter Form schiebert er die Eindrücke, die ihm die sinnlich wahrnehmbaren Erscheinungen der Wirklichkeit vermitteln, auf die Leinwand. Aber seine Kunst bleibt dem Sinnlichen und Außerlichen verhaftet, sie dringt nicht ins Innere der Dinge und alles distanzierte Schauen ist ihr fremd.

Eine vortreffliche Ausstellung, die gegenwärtig im ehemaligen Kronprinzenpalais zu sehen ist, gibt Gelegenheit, sich mit dem gesamten Schaffen Corinth vertraut zu machen. Sie füllt zwei Stockwerke des Gebäudes und umfaßt 170 Bilder aus allen Entwicklungsstadien des Künstlers. Um das Zustandekommen der Ausstellung hat sich der wissenschaftliche Hilfsarbeiter an der Nationalgalerie, Dr. Ludwig Thormählen, besonders verdient gemacht und in einem gut instruierenden Katalog-Vorwort hat er Corinth's Wesen und seine Stellung innerhalb der zeitgenössischen Kunst gekennzeichnet.

Zwei Dinge sind es, die auf dieser Ausstellung besonders deutlich hervortreten: einmal Corinth's Bedeutung als Porträt- und als Stilllebenmaler, und zweitens die Tatsache, daß der Meisterschüler des Meisters, der seit dem Jahr 1912 zu datieren ist, Qualitäten besitzt, von denen die auf den alljährlichen Ausstellungen erscheinenden

Die Saarregierung vor dem Völkerbund.

Genf, 7. Juli. (W.Z.) Die heutige Nachmittags-Sitzung des Völkerbunds, in der die Bernahmeung der Mitglieder der Regierungskommission des Saargebietes fertiggestellt wurde, und die ebenfalls unter völligen Ausschluß der Presse und des Publikums stattfand, trug weit weniger den Charakter eines Berichts als die Vormittags-Sitzung. Der Präsident forderte die einzelnen Mitglieder der Regierungskommission auf, zu den aufgeworfenen Fragen das Wort zu ergreifen, so daß teilweise eine allgemeine Diskussion entstand.

Als erster sprach das kanadische Mitglied der Regierungskommission Waugh, der, wie man aus gut unterrichteter Quelle erfährt, trotz gemäßigter und ruhiger Sprache, eine Reihe von schwerwiegenden Klagen über die Regierungsmethoden der Regierungskommission

vorbrachte. So führte er verschiedene Fälle von Regierungshandlungen an, die der französische Präsident Kaulf vorgenommen habe, ohne die anderen Mitglieder der Regierungskommission zu befragen oder zu verständigen Er bestätigte, daß die meisten Rechnungsberichte an den Völkerbundrat, ohne den Mitgliedern der Regierungskommission vorgelegt worden zu sein, von Kaulf, der sie selbst verfaßte, direkt nach Genf abgehandelt wurden.

Nach Waugh äußerte sich das belgische Mitglied Lambert über die Beschränkung und beschuldigte unter Vorweisung von Zeitungs- auschnitten die deutsche Propaganda, Unruhe im Lande angestiftet zu haben.

Das saarländische Mitglied Land hielt hierauf auf Brantings Aufforderung einen längeren Vortrag über seine Haltung bei dem Bergarbeiterstreik. Aus den ziemlich unklaren Ausführungen geht hervor, daß er die Verordnung für durchaus gerecht hielt, und sich nur deshalb seiner Stimme enthielt, weil er erst seit zwei Tagen der Regierungskommission angehört und noch kein richtiges Urteil über die Verhältnisse hatte.

Das dänische Mitglied der Regierungskommission Rolffe-Huitfeld gab am Nachmittag keine Erklärung ab.

Auf Seiten des Rats beteiligten sich an der Aussprache Lord Robert Cecil, Branting, Simons und Hanotaux. Cecil ergriff anlässlich der Neußerungen Waugh's über die direkte Korrespondenz Kaulf's mit der französischen Regierung die Gelegenheit, um

der Regierungskommission nahezu legen, sich als Vertreter des Völkerbundes und nicht irgendeiner ausländischen Regierung zu betragen. — Nach einer anderen Version soll er sogar von einer „verschleierte französischen Regierung“ gesprochen haben. Derartige Neußerungen sind naturgemäß sehr nachzuprüfen angeht des absolut vertraulichen Charakters der Debatte.

Ueber die Zulassung der Vertreter der saarländischen Bevölkerung zur Ratstagung wurde nichts beschlossen. Nach zweistündiger Debatte entließ der Rat die Mitglieder der Regierungskommission und zog sich zu einer vertraulichen Aussprache zurück, um den Text einer Entschließung aufzulegen.

In den Kreisen, die den Herren Kaulf und Hanotaux nahe stehen, trug man nach der Nachmittags-Sitzung einen gewissen Optimismus zur Schau, der im schließlichen Gegenstand stand zu der ersten Stimmung dieser Kreise nach der Vormittags-Sitzung. Andererseits erfährt man aber, daß verschiedene Ratsmitglieder einen sehr bedenklichen Eindruck von den Vorlesungen der Regierungskommission erhalten haben und sich skeptisch über die Haltung gewisser Mitglieder der Regierungskommission äußerten.

Genf, 7. Juli. (W.Z.) In der geheimen Sitzung über die Ergebnisse des Berichts der Regierungskommission des Saargebietes beauftragte der Völkerbundrat einen Redaktionsausschuß mit der Ausarbeitung eines Entschließungsentwurfs. Dieser Redaktionsausschuß, dem Lord Robert Cecil und Hanotaux angehörten, kam nach fast zweistündigen Beratungen zu

seinem Ergebnis.

Der Rat wird daher morgen früh 10 Uhr zu einer neuen öffentlichen Sitzung zusammentreten.

Saarländische Gewerkschaftsvertreter nach Genf.

Saarbrücken, 7. Juli. (W.Z.) Die Gewerkschaftsvertreter Karing (Zentr.) und Poiri (Soz.), Mitglieder des Bundesrats, sind heute zur Tagung des Völkerbunds nach Genf abgereist.

Saarländischer Disferrat.

Saarbrücken, 7. Juli. (W.Z.) Die Bundesratsfraktion der Zentrumspartei, der sozialdemokratischen Partei, der liberalen Volkspartei und der deutschdemokratischen Partei haben folgendes Telegramm an den Völkerbundrat nach Genf gerichtet:

Arbeiten nichts ahnen lassen. Ich gestehe offen, daß ich nach dem, was ich im letzten Jahrzehnt namentlich in der Berliner Sezession von Corinth sah, einen zum Teil leider ganz falschen Eindruck von seiner gegenwärtigen Schaffenstrategie erhalten habe. Einige Werte aus dieser Zeit, z. B. die Stillleben Nr. 75, 76 und 136, das Bildnis seiner Schwiegermutter (130), das ergreifende Selbstporträt mit dem schwarzen Schläppchen (111) und das herrliche kleine Seestück „Cap Impreglio“ (160), gehören nicht nur zu Corinth's stärksten Leistungen, sondern überhaupt zu dem Besten, was die zeitgenössische Malerei geschaffen hat. Es ist das Malerwerk zwar nicht der anerkanntesten und bestehenden Künstler, wohl aber ihres Publikums, daß ihre wertvollsten Werte von der Staffelei gleich in den Privatbesitz übergehen und daß auf den üblichen Ausstellungen nur das erscheinende, was — meist mit Recht — keinen Käufer gefunden hat.

Am glänzendsten zeigt sich Corinth's technisches Können und seine koloristische Kultur in den Stillleben und Bildnissen, in dem „Teich“ (162), in den Porträts von Emil Cohn (35), Paul George (41), Georg Woson (38), die in der ansehnlichen zufälligen Haltung einer Momentaufnahme ein umfassendes Lebens- und Charakterbild geben und in einigen der sehr zahlreichen Selbstbildnisse (Corinth pflegt sich seit Jahren regelmäßig an jedem Geburtstag zu porträtieren). Wer die technische Entwicklung Corinth's an zwei instruktiven Beispielen kennen lernen will, der versuche den an sich vor- trefflichen „Küdenakt“ vom Jahre 1888 (55) mit dem „Rubenden weiblichen Akt“ vom 1910 (27); dort eine zwar ausdrucksvolle, aber noch ängstlich spikpfeilige Modellierung, hier ein Fortbewahren von unerhörtem Schmelz und unsehbar trefflicherer Wucht.

Die umfangreichen Historienbilder meist biblischen und mythologischen Inhalts, die im Treppenhaus zu sehen sind, befinden neben manchen malerisch interessanten Details die erwähnte Unzulänglich- keit Corinth's in der kompositionellen Gliederung großer Flächen. Wer sich ein paar anregende und genussreiche Sonntagsmittags- stunden bereiten will, dem sei ein Besuch der Ausstellung im Kron- prinzenpalais empfohlen. John Schifowski.

Rosenparadiese in der Mark. Wie viele haben eine Ahnung davon, daß „des heiligen römischen Reiches Streulandbüchse“ nicht bloß Riesenwald und Wasserflächen, aus Berlin und dem Oberbruch besteht? Wieseler Niederbrandenburger wissen etwas von den groß- artigen Spargel-, Erdbeer- und Blumenkulturen der Mark? Doch sei hier nur von ihren Rosenkulturen die Rede. Berühmt ist die Rosenblüte des Schlossgärtens von Liebenberg, die gerade jetzt wieder durch das Marienmühl-Philly viel genannt wird. Dann die großartigen Rosenplantagen von Brix und die namhafte Rosenzucht von Bückow i. M. Ueberall dort beginnt, arg verspätet, erst jetzt die Rosenblüte sich voll zu entfalten. Aber es gibt noch ein Rosenparadies in der Mark: in Forst (Mied.-Saal.), der größten deutschen Tuchindustriestadt, unweit Rottbus. Hier, wo mitten in der sandigen Riesenerbde ein ganzer Wald von Fabrik- schloten aufsteigt und des abends der Alchermwein einer der größten Industriestädte des mittleren Deutschlands sich weithin über die einsame Heide legt, fand 1913 eine der größten deutschen Rosen- ausstellungen statt. Auf der Wollfläche, von der Lauscher Reichs- umflossenen Wehrinsel war es, wo die zu Unrecht vernachlässigte

„Saargebiet durch Bafschwierigkeiten und Rheinbrückenperrre von Deutschland abgeschlossen. Verfertigung der Bevölkerung und Wirtschaftsleben aufs schwerste gefährdet. Erbitten Sicher- stellung garantierter Rechte Versailleser Vertrag, Saarstatut § 22 Absatz 2 und Teil 12 Artikel 321.“

Das Saargebiet im Zeichen der Wahlen.

Saarbrücken, 7. Juli. (W.Z.) Am Sonntag, 8. Juli, finden im Saargebiet die Wahlen zum Gemeinderat und zu den Kreisräten statt. Die Wahlbewegung ist ruhig verlaufen. In der Stadt Saarbrücken und für die Kreisräte beherrschen im allgemeinen die politi- schen Parteien das Feld; in einzelnen Orten jedoch sind vielfach un- politische Listen von Arbeiter-, Bürger- und Wirtschaftvereinigungen eingereicht worden. In einem Orte haben sogar die Junggefallen eine eigene Liste aufgestellt. In Saarbrücken entfällt die von den Landesratsmännern her bekannte Haus- und Grundbesitzerpartei eine emsige Tätigkeit. In den Wahlprogrammen und Flugblättern der politischen Parteien werden die deutschen Belange stark hervor- gehoben.

Der Wiener Fememord.

Energisches Vorgehen der Behörden.

Wien, 7. Juli. (Korr.-Büro.) In der Angelegenheit des Neu- lenbacher Mordes ist die ordentliche Untersuchungs- haft über folgende Personen verhängt worden: wegen Mordes über Romofat, wegen Verdachts der Mitschuld am Mord über den angeblichen Kaufmann Freund, den Privatbeamten Brunner und den angeblichen Studenten Krüger (aus Deutschland), ferner wegen des Verdachtes der Geheim- bundelei über den Kanjlebeamten Benzina und über die Stu- denten Leitner, Sauer, Jugendstein und Franke. Alle gehörten der Schlageter-Truppe an. Zwei Personen, die in dieser Sache gleichfalls angehalten wurden, konnten einer weiteren strafbaren Handlung nicht beschuldigt werden, und zwar sind das der Privat- beamte Walter Bernhardt und Kaufmann Gotthard Winger, beide aus Deutschland, die hier unter falschem Namen gewohnt haben und deshalb gerichtlich zu je drei Tagen Haft verurteilt worden sind, worauf sie als lästige Ausländer ausgewiesen wurden. Gegen sämtliche Personen, die Ausländer sind, wird mit Ausweisung vorgegangen werden. Der reichsdeutsche Student Schöchl, der Mit- glied der Romofatgruppe ist, wurde in Graz verhaftet, als er sich nach Italien begeben wollte.

Der Reichstag vor dem Schluß.

377. Sitzung am 7. Juli, 11 Uhr vormittags.

Ohne Aussprache wird zunächst ein Beschlusentwurf endgültig an- genommen, der die gesetzlich festgesetzten Beträge für das Notenausgaberecht der Privatnotenbanken

der Geldentwertung entsprechend erhöht.

Angenommen wird weiter ein Antrag Dr. Höfle (Z.), der die Regierung ersucht, an der bisherigen Uebung der Ueberführung der Telegraphenbetriebe in das Beamtenverhältnis festzuhalten.

Abg. Erling (Z.) begründet einen Antrag auf Ablehnung der

Beteiligung des Reiches an der Getreide-Kredit-Vereinigung.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) ist gegen den Antrag und erhofft von einer Beteiligung des Reiches einen Druck auf den freien Ge- treidehandel im Interesse der Verbraucher.

Abg. Erling (Z.) ändert seinen Antrag dahin, daß Reichskredite der Gesellschaft nur unter der Bedingung gewährt werden sollen, daß die Gesellschaft Konsumentenvertreter in ihre Verwaltung auf- nimmt.

Abg. Goheln (Dem.) weist darauf hin, daß die Gesellschaft sich gar nicht mit dem Getreidehandel, sondern nur mit der Kreditge- währung befasse. Die Konsumentenvertreter könnten also im Auf- sichtsrat gar keinen nützlichen Einfluß ausüben, sie würden nur als „weiße Seide“ und „Schaukäse“ wirken. Der Redner beantragt, nur die Reichsbeteiligung abzuheben, nicht aber der Reichs-Kredit- anstaltsgesellschaft die Gewährung von Darlehen bei der Getreide- kredit-Vereinigung zu unterlegen.

Ein weiterer Antrag verlangt, daß Darlehen nur auf wer- tschändiger Grundlage gegeben werden sollen.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag wird um eine Stunde verschoben, weil beim Abschluß der Beratung der Saal nicht ausreichend besetzt ist.

zur allgemeinen Ueberraschung mit der Märchenpracht aufwartete, die eine Massenblüte von 30 000 Rosenstöcken ausstrahlte. Die Stadt Forst mußte sich dieses Paradies zu erhalten und schuf sich auf dem Ausstellungsgelände des 50 Morgen großen Inselparks den „Ost- deutschen Rosengarten“, der unter dem besonderen Schutz des Reichs deutscher Rosenfreunde steht. Dieser hat aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Anlagen seine diesjährige Tagung nach Forst gelegt und veranstaltet hier vom 7. bis 9. Juli eine dreitägige Sanitätsausstellung. Seit 1913 sind zur Zeit der Rosen- blüte alljährlich Scharen von auswärtigen Besuchern nach Forst gekommen, um die Farbenpracht und den Duft zu genießen, mit dem die Blüten von 25 000 Rosenstöcken aufwartet. Trotz der hohen Eisenbahnfahrtpreise wird auch dies Jahr eine Anzahl auswärtiger Rosenfreunde es sich nicht nehmen lassen, in Forst Anwesenheit und Schönheit zu suchen und wird beides finden.

Neues vom Lehrfilmwesen. Die Entwicklung des Lehrfilm- wesen im Jahre 1922 wird überschlägig dargestellt in dem Bericht der Bildstelle des „Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht“, der sich in dem soeben erschienenen Jahrbuch findet. Durch die Rohstoff- teuerung und die Lohnsteigerungen wurden die Unkosten der Lehr- filmherstellung so erhöht, daß es den Schulen nur noch in verringertem Maße möglich war, Lehrfilme zu beziehen. Die Zahl der neu- geschaffenen Lehrfilme, die der Bildstelle zur Prüfung eingereicht wurden, verringerte sich daher; jedoch erhielt diese eine große Anzahl älterer Bildstreifen zur Begutachtung. Der landwirtschaftliche Ausschuh der Bildstelle suchte ungewöhnlichen und unzuläng- lichen Filmaufnahmen dadurch vorzubeugen, daß den Auftraggebern empfohlen wurde, vorher den Rat der Bildstelle einzuholen. Viel- fach wurde der Bildstelle der Wunsch geäußert, daß Jugend- und Unterhaltungsfilme nachgelesen werden möchten. Zu diesem Zwecke wurden die schon früher geführten Listen über Spielfilme, die zur Aufführung vor Kindern und reiferen Jugendlichen geeignet sind, weiter vervollständigt. Die Kartothek der anerkannten Lehr- filme wird zu einer Kunstlei ausgebaut, so daß über die In- halte der Lehrfilme genaue Angaben gemacht und einzelne Spiel- folgen aufgestellt werden können. Vor allem sucht die Bildstelle das Lehrfilmwesen durch Vorführungen von Bildstreifen und durch Vor- träge über das laufende und stehende Lichtbild zu fördern. So be- teiligt sie sich an acht Lehrgängen, die als „Pädagogische Wochen“ zur Fortbildung der Lehrerschaft innerhalb und außerhalb Berlins veranstaltet wurden und führte auch eigene Bildwochen ein. Eine solche Bildwoche, wie sie z. B. in Hamburg stattfand, enthielt 14 Vorträge und Vorführungen. Unter dem Thematik befanden sich u. a. folgende: „Lehrfilm und Schule“, „Der Lehrfilm in der Wissenschaft“, „Die Einrichtung von Schu- und Gemeindefilmspielen“, „Das Laubbild als Unterrichtsmittel in der Technik“. Die Bildstelle ent- faltete auch eine roge Auskunftsstelle in allerlei Lichtbildfragen.

Erstaufführungen der Woche. Freitag, Kammertheater: Die Zugs- frau. — Sonnabend, Kleines Theater: Cousinen.

Deutsches Ueberland. Die Anknüpfung des zweiten Karfankin- Langabend am 9. Juli ist auf 7 1/2 Uhr verlegt. Ein dritter und letzter Abend, der gleichzeitig den endgültigen Abschied der Frau Karfankin von Europa bedeutet, findet am 10. Juli, gleichfalls 7 1/2 Uhr, statt.

Die Papstdebatte in der Kammer.

Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 7. Juli. (E.P.) Die Kammer nahm nach den Ausführungen Poincarés und nachdem noch einige Abgeordnete gesprochen hatten, mit 388 gegen 190 Stimmen ein Vertrauensvotum an.

Paris, 6. Juli. (E.P.) Poincaré fuhr in seiner Kammerrede fort: Der heilige Vater gab unserem Volkshäupter die Versicherung, daß er nur an den Geist der Gerechtigkeit und der Caritas im gegenwärtigen Augenblick habe appellieren wollen. Er sei

von den Katholiken erlöst

worden, seine Stimme zu erheben. Der französische Botschafter habe die Rechte Frankreichs betont und auf die Gefahren der deutschen Propaganda im Ruhrgebiet und in den Rheinländern hingewiesen. Pius XI. habe erklärt, daß er diesen „verbrecherischen Widerstand“ formell nicht billige, und er habe hinzugefügt, daß, wenn das Reich sich nicht bald dem Vertrauen seiner Gläubiger zu gewinnen suche, dann kein Widerstand keine Dankschuldigung mehr hätte. Im Papstbrief werde den Alliierten das Recht, Garantien zu fordern, zuerkannt, und man überlasse es ihnen, zu entscheiden, welcher Art diese Garantien sein werden. Die These, die der Papst unterstützt habe, näherte sich denen gewisser Verbündeter, sie sei aber nicht die Frankreichs. Diese These sei vielleicht bedauerlich. Aber man müsse davon ohne Leidenschaft und ohne Voreingenommenheit sprechen, selbst wenn man sie nicht nur in dem Briefe des Papstes, sondern auch in den Zeitungen und den offiziellen Mitteilungen der Verbündeten Frankreichs lese. Der Papstbrief bestreite übrigens nicht die Legitimität der Ruhrbesetzung. Aber eben so wenig behauptet er diese Rechtmäßigkeit, vielmehr hat der Papst klugerweise die Rechtsfrage nicht angeschnitten, sonst hätte er nicht vermitteln können, sondern deutlich für Deutschland Partei ergreifen müssen. (Red. d. B.) Er stelle nur fest, daß sie für Deutschland Lasten schaffe, und rate Frankreich, sie zu erleichtern. Dieser Brief sei in Frankreich nicht günstig aufgenommen worden, während man ihn in Deutschland als Ermütigung aufgenommen habe. Aber der

Schrift des Auslus

wegen der verbrecherischen Akte des Widerstandes habe die durch den Papstbrief hervorgerufene Ermütigung erkalten lassen. Trotzdem bleibe es aber bestehen, daß der Papst geglaubt habe, Frankreich politische Ratschläge erteilen zu müssen. Sie können keinen wesentlichen Einfluß ausüben.

Poincaré fährt fort, der Brief könne also keine politische Bedeutung haben und besaße die Gewissheit aller französischen Reichshäupter, so gläubig sie auch seien, in keiner Weise. Die französische Regierung habe es nicht aus dem Grunde, weil der Papst eine Meinung geäußert habe, die nicht der französischen Gleichkomme für vernünftig gehalten, die Botschaft beim Vatikan aufzuheben. Frankreich habe ja auch die Botschaften bei den Alliierten und den Neutraleen nicht auf (1), wenn sie verlangten, was solle die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch sogenannte unparteiische Ausschüsse prüfen lassen. Die Unrechtlichkeit einer Besetzung sei keine Belohnung dafür, daß ein Land das gut heiße, was Frankreich wolle. Er habe auch nicht geglaubt, den französischen Botschafter beim Vatikan abberufen zu müssen. Die französische Regierung habe den Papst nicht hinsichtlich der Ausführung des Versailler Vertrages belangt und auch nicht gebeten, einzureifen, damit der passive Widerstand aufhöre. Nach dieser Richtung habe der Papst aus eigener Initiative gehandelt. Frankreich habe sich, was die Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit anbetrafte, an den Vertrag. Es sei erst nach Feststellung der deutschen Verhältnisse in das Ruhrgebiet einmarschiert, ohne Annahmungsgeanken und ohne eine ständige Besetzung zu beschließen. Es sei einmarschiert, um ein Pfand zu besetzen, Garantien zu erlangen und einen wirkungsvollen Druck auszuüben. Deutschland habe, ansatz seine Verletzungen zu erfüllen, seine Beamten und seinen Vertretern den Befehl erteilt, einen verbrecherischen Widerstand zu organisieren. Wir verlangen vor allem, daß Deutschland diesen Widerstand einstellt und daß es die Anordnungen widersteht, daß es also einen offenen Beweis seines guten Willens gibt. Deutschland sieht es zu, die Besetzung des Ruhrgebietes abzulösen; je rascher Deutschland bezahlt, desto schneller werden wir uns zurückziehen. Diese Entscheidung haben wir in Brüssel zur Bohrung unserer nationalen Interessen, um unsere verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen, um unsere budgetäre Lage zu sichern, getroffen. Wir sind der Ansicht, daß wir in Rechte sind, und ich zweifle nicht (2), daß alle unsere Alliierten sich von dieser Wahrheit überzeugen werden. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um dem Rechte zum Siege zu verhelfen.

Nach den Berichten der Morgenpresse über die gestrige Kammerdebatte war es der Abgeordnete Boucheur, der die Annahme der einfachen Tagesordnung verlangte, indem er die Erklärung des Ministerpräsidenten besonders billigte. Boucheur sagte, man könne auf keinen Fall die Einmischung des Vatikans in die französische Politik zulassen. Aber man dürfe auch dem Zwischenfall nicht mehr Bedeutung beilegen, als ihm zukomme. Der Abgeordnete

Blum

billigte namens der Sozialisten den Inhalt des Papstbriefes und fuhr fort: Hat man nicht fortgesetzt geschrieben, wir — d. h. die Sozialisten — hätten uns an Deutschland verkauft. Und nun der Papst — wolle man auch von ihm behaupten, daß er sich an Deutschland verkauft habe? Warum sollte der Papst dem protestantischen Preußen günstiger gesinnt sein als dem katholischen Belgien? Er hat nur

die wahrhafte Meinung der großen Masse der katholischen Welt zum Ausdruck gebracht, denn die Ruhrpolitik hat die Mehrheit der öffentlichen Meinung in Europa gegen uns aufgebracht. Die Meinung des Papstes stimmt mit der englischen überein, und wer will behaupten, daß England unser Feind sei? Vor 18 Monaten war die Atmosphäre für uns besser; das war die Zeit von Cannes und Genua.

Der Frankensturz.

Englischer Druck auf Frankreich?

London, 7. Juli. (E.P.) In der Londoner Börse herrschte heute in der Ableitung für fremde Wechselraten große Unsicherheit, die auf die Lage in der Reparationsfrage zurückgeführt wird. Am Markt äußerte sich dies durch ein Fallen des belgischen Franken auf 85/100, der französische Franken war ebenfalls schwächer. Die deutsche Mark verschlechterte sich auch um geringes und notierte 880 000.

Paris, 7. Juli. (E.P.) L'Evreux stellt fest, daß der Frank gestern auf seinen besten Stand, den er je gehabt hat, gefallen sei. Man habe in Brüssel die Notwendigkeit hervorgehoben, daß man Frankreich begreiflich machen müsse, wie unzulässig es sei, sich mit England zu entzweien. Die Tatsache der Offensive gegen den belgischen und gegen den französischen Franken lassen darauf schließen, daß man im übrigen mit Recht annehme, die Pression gegen Belgien könne noch wirksamer sein, als die gegen Frankreich.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Zunächst überwindend heiter, trocken und sehr warm bei schwachen südlichen bis südöstlichen Winden. Nachher langsam zunehmende Bewölkung und etwas Abkühlung.

Freiwild?

Als vor kurzem einige Diebe in ihrem wenig erfreulichen, aber um so risikoreicheren Einbrecherhandwerk ertappt wurden und nicht freiwillig der Aufforderung Folge leisten wollten, sich in den Rachen des Löwen zu begeben, schoß der Beamte auf die Freiwild. Die Einbrecher entkamen, der Schuß aber traf einen harmlos dahergehenden Passanten. Es ist nichts darüber bekannt geworden, ob der so unerwartet ins Jenseits beförderte Familienvater war, ob er eine alte Mutter oder gar kleine Geschwister zu ernähren hatte. Wünscht der Bürger vor gemeinsamer Individualität geschützt zu werden, so muß er auch ein kleines Risiko mit in den Kauf nehmen und darf nicht sonderlich darüber lamentieren, wenn er bei dieser Gelegenheit zufällig mal ums Leben kommt. Sagten doch die Staatsweisen Römer: Das Wohl des Staates ist das höchste Gebot. Ob in diesem Falle dieser Ausspruch nicht mit Vorsicht zu genießen wäre?

Man bedenke nur. Diebe, vielleicht ganz harmlose, vielleicht Neulinge, unter Umständen durch Not zum Verbrechen getrieben, Rechtsverteiler, bei deren gerichtlicher Beurteilung für sie nur einige Monate Gefängnis „herauspringen“ würden, oder die gar eine Bewährungsfrist erwarten, werden von Beamten, weil die Waffen bei ihnen lose lägen, ohne weiteres, gemissermaßen standrechtlich niedergeschossen. Das ist auch schon vorgekommen. Als wäre es wirklich schon so unerträglich schlimm, wenn diese Uebelthäter entkämen und durch ihre Person die an und für sich große Zahl frei herumlaufender und sich in Raschemmen herumtreibenden rüchfüßigen Diebe, Zuhälter, Hehler usw. vermehrt, als sie um ihr Leben zu bringen. Sollte man nicht besser sie mit friedlicheren Mitteln einzufangen suchen? Man bedenke ferner: Diebe wissen, daß sie angepöbeln werden können, nehmen deshalb Waffen und schießen, um sich die Verfolger vom Leibe zu halten. Es entsteht ein förmliches Feuergefecht, bei dem die Diebe unter Umständen entkommen und der eine oder andere Beamte sein Leben einbüßt. Auch das ist schon vorgekommen. Ist es wirklich notwendig, den schon an und für sich nicht ungefährlichen Beruf der Sicherheits- und Kriminalbeamten durch solch einen unbegründeten Waffengebrauch noch gefährlicher zu gestalten? Es geht eben nicht an, den Kampf mit Verbrechern, insbesondere mit Dieben, auf diese Weise zu führen. Da entsteht so eine ungerechtfertigte Erbitterung auf beiden Seiten. Der Gebrauch der Schutzwaffe, der in der Hauptsache der Sicherheit des Beamten selbst dienen soll, reicht zur üblen Sitte ein. Beschah es doch vor einiger Zeit, wie gar ein Privatdetektiv, der im Tiergarten einen Mann verhaften wollte, ihn anschoß, als er sich aus dem Staube machen wollte. Hatte auch dieser Privatmann die Befugnis zum Schießen?

Der Fall Silberberg, bei dem ein friedlicher Bürger durch eine Kugel getötet worden ist, die für einen Dieb bestimmt gewesen war, hat das Volk wohl gemacht. Es laufen jetzt so oft Einbrecher, Postkontrollierer usw. herum, es passieren so oft Raubüberfälle auf offener Straße, daß so mancher in die Lage des unglückseligen Silberbergs kommen kann. Wenn nicht um der Diebe willen, so doch wenigstens im Interesse der Beamten und der anständigen Bürger bedürfte endlich die Frage einer Beantwortung: Ist es erlaubt, Diebe zu Freiwild zu machen, und ist es gestattet, die Straßen der Großstadt zu Wildwest werden zu lassen?

Opfer des Leichtsinns.

Zwei Kinder durch Gas vergiftet.

Ueberräucherter Alkoholgenuß hat schon oft Tragödien gezeitigt. Meistens ist der Trunkenbold selbst das Opfer seiner Unmäßigkeit geworden. Schlimmer aber noch ist es, wenn er unter der Einwirkung des Alkohols andere Menschenleben gefährdet. Ein solcher hiererschütternder Vorfall wird aus der Wartburgstraße 16 in Schöneberg gemeldet.

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde die Feuerwehr nach dem Hause Wartburgstr. 16 zu Schöneberg gerufen, wo die beiden Kinder des Portiers, ein Junge von 2½ und ein Mädchen von 4½ Jahren, infolge Einatmung giftiger Gase erkrankt waren. Trotz einstündiger mühevoller Arbeit unter Assistenz eines Arztes der Unfallstation gelang es nicht, die Kinder wieder ins Leben zurückzurufen. Die anwesenden Hausbewohner sowie Schupo-Beamte und Sanitätsmannschaften konnten es sich nicht erklären, daß die ausströmenden Gase, die aus dem Kachelofen herauskamen, nach den Angaben des Portiers von den Heizungsanlagen herrühren sollten. Da die Mutter zurzeit im Krankenhaus liegt, war es um so unverantwortlicher von dem Vater, die Kinder unbeaufsichtigt allein in der Wohnung zurückzulassen, um seinem gewohnheitsmäßigen Trunk nachzugehen, zumal die Kinder am Nachmittag schon einmal einen Erstickenfall aus den oben angegebenen Gründen gehabt haben und nur durch Zugreifen von Hausbewohnern gerettet wurden. Man möchte annehmen, daß der Vater nach diesem Vorfall hätte glückselig sein müssen, seine Kinder noch einmal vom Tode errettet zu wissen, um nach diesem Vorfall um so vorsichtiger zu sein.

Zirkustrawalle vor Gericht.

Zur heutigen Verhandlung wurde eine Reihe von der Verteidigung geladene Zeugen vernommen. Der Zeuge Buhzig gibt an, vor dem Zirkus die Neuhierung eines Abgeordneten gehört zu haben, der sich mit einem Polizeihauptmann im Gespräch befunden habe. Als man einen mit Koppel und Pistole ausgerüsteten jungen Mann herbeigebracht habe, hätte dieser Herr den Festgenommenen gefragt, von welcher Ortsgruppe er stamme, und auf die Antwort „Ortsgruppe Steglitz“, hätte er geäußert: „Na warte, Euch werde ich etwas mehr Drill beibringen, damit Ihr das nächste Mal pünktlicher seid.“ Einem anderen jungen Mann wurde ein Browning abgenommen, er erhielt ihn aber später wieder zurück, als er eine Bescheinigung des Oberschießens Grenzschutzes vorgelegte. Dieser sei dann auf den Zirkus zugegangen mit den Worten: „Na, wir werden mal mang die Brüder mang gehen.“ Der nächste Zeuge ist der kommunisale Bezirksverordnete Kuppert, der auf Grund einer Bezirksverordnenkarte als Ausweis in den Zirkus hineinkam und über die Vorgänge im Zirkus ausgesagte. Zeuge Schlosser Levinsohn ist vor dem Zirkus gewesen. Es standen dort mehrere Mitglieder in militärischer Organisation mit Stöcken, die ihr gegenüberstehende Arbeiterjugend zu provozieren suchte und dann mit Seitengewehren und Runge-Knütteln die letzteren vertreiben wollten. Vorl: Wenn Sie die ganze Zeit da gewesen sind, müssen Sie doch auch gesehen haben, daß Steine herangeschleudert und geworfen wurde. Zeuge: Nein, das habe ich nicht gesehen. Ich sah, wie zwei junge Arbeiter festgenommen, von der Sipe in die Stallwache gebracht wurden und später mit abgerissenen Krügen und Stielen im Gesicht ganz vermeint herauskamen. Vorl: Haben Sie auch gesehen, daß zwei Beamte überfallen worden sind? Zeuge: Nein, das ist nicht der Fall gewesen. Vorl: Wir haben aber Zeugen hier geholt und gehört, daß sie schwere Verletzungen erlitten haben. Zeuge: Die Menge war zuerst sehr erregt, als ein Arbeiter totgeschlagen war. Ich selbst sah, wie er mit einem Schlagring niedergeschlagen wurde. Der Zeuge behauptet dann weiter, daß die Fahne, die im Zirkus geschwenkt worden sei, an der Spitze des Juges geführt wurde. Zeuge Abgeordneter Geisler widerspricht den von den heutigen Zeugen gemachten Ausführungen. In der Folge kam es dann zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden und Justizrat Dr. B. Frank.

Ohne Haushalt.

Das Scheitern des Berliner Haushalts beschäftigt die gesamte Presse, die sich in Vermutungen über den weiteren Gang der Dinge ergeht. Nach unserer Kenntnis hat der Magistrat außer dem schon bereits mitgeteilten Beschluß, die in Gang befindlichen Arbeiten weiterzuführen, beschlossen, sich sofort mit der Regierung in Verbindung zu setzen, um eine geregelte Weiterführung der Berliner Geschäfte zu ermöglichen. Es besteht die Aussicht, daß ein Weg gefunden wird, der bis zum Ablauf der Ferienfrist es ermöglicht, die von den Kommunisten herbeigeführten Komplikationen zu vermeiden.

Die Rechtspresse schweigt wohlweislich über das Verhalten der Wirtschaftspartei und hält sich auch sonst sehr zurück, da die Herrschaften wissen, daß sie mit ihrem Kampf gegen die Geldentwertungsbestimmungen eine unpopuläre Position zu verteidigen haben. In der „Germania“ verteidigt Dr. Saljgeber, den die bürgerlichen Parteien als „rechten“ Zentrumsmann gegen den ihnen verhassten Stadtverordneten Lange auszuspielen suchten, die Haltung des Zentrums, das in voller Uebereinstimmung mit der Sozialdemokratie dem unerträglichen Steuerrecht ein Ende zu machen versucht hat. Frech wie immer blieb nur die „Note Fahne“, die sich Gott weiß was darauf zugute tut, daß die revolutionäre Heldentat der Staatsverhinderung glücklicherweise gelungen ist. Während Herr Müller-Franken den Etat ablehnt, weil er die Geldentwertungsklausel enthält, lehnt ihn Dörr ab, weil er die Klausel nicht enthält. Derselben Leute, die den bürgerlichen Kreisen Milliardenbesuche in den Schoß geworfen haben, haben die Stirn, Versammlungen anzukündigen mit dem Thema: „Die Stinnes-Diktatur im roten Berlin.“ Wenn von einer Stinnes-Diktatur überhaupt die Rede sein könnte, dann nur deswegen, weil die Kommunisten es konsequent ablehnen, Arbeiterpolitik zu machen, weil sie sich an einer Gestaltung des Etats überhaupt nicht beteiligen und grundsätzlich jeden Etat ablehnen. Die Redensarten, mit denen sie gelegentlich so tun, als ob sie an einer sachlichen Mitarbeit sich beteiligen wollten, nehmen sie selber nicht ernst. Ihnen kommt es auf die Katastrophe an und soweit Herr Rosenbergs einer Politik fähig ist, richtet er sich nach der Anweisung Ruth Fischers, daß die Stinnes-Diktatur zu erstreben sei als beste Plattform für den Stimmfang. Ebenso verlogen wie dieser Radikallismus, der erst unhaltbare Logen schafft und dann darüber schimpft, ist ihre Behauptung über einen „Umsall“ der Sozialdemokratie usw. Der neue Antrag ist selbstverständlich ein Teil des Etats und steht für die Anpassung der Steuern einen genaueren Weg vor, höchstens die Kommunisten könnten ihn hindern und werden ihn hindern. Mit ihnen wird die Arbeiterchaft schon fertig werden.

Unsere Feststellungen über das Verhalten der Kommunisten nötigen die „Note Fahne“ zu einem Verlegenheitskompromiß, dem man anmerkt, wie peinlich ihnen die Festsetzung ihrer Unterstützungsbürgerlicher Steuersehe ist. Sie antwortet auf den Vorwurf, daß sie das Bürgerium auf mehrere Monate von der Gewerbesteuer befreit habe, mit dem albernem Hinweis auf die angebliche Koalition von Sozialdemokratie und Volkspartei. Dazu ist nur zu bemerken: Die Kommunisten tun alles, um der Sozialdemokratie ein parlamentarisches Zusammengehen mit ihnen vollständig unmöglich zu machen. Das zeigen gerade die Vorgänge bei der jetzigen Ablehnung des Etats. Die „Note Fahne“ muß die sozialdemokratischen Arbeiter schon für sehr dumme halten, wenn sie glaubt, jemand einreden zu können, der im „Vorwärts“ wörtlich zum Ausdruck gebracht hat, daß der Vorsteher des Rates, dem Herr Dörr nicht widersprach, weil er noch keine Anweisungen seiner Parteileitung erhalten hatte, bedeute einen Verzicht auf die Geldentwertungsklausel und einen Rückzug auf die demokratische Formel. Der neue Beschluß hat höchstens den Vorteil, daß er klar und eindeutig Bestimmungen sowohl für den Fall einer gesetzlichen Regelung wie auch für den nicht ausgeschlossenen Fall einer Verzögerung oder Ablehnung einer solchen Regelung schafft.

Gar nichts zu tun mit der Staatsablehnung hat der Angriff auf die angeblich arbeiterfeindliche Tarifpolitik des Berliner Magistrats. Wäre es nach den Kommunisten gegangen, die mit großer Maul unumgliche Verprechungen machen, dann wäre Berlin seine familiären Werte längst los und das Privatkapital könnte ungeniert und unkontrolliert die Berliner Bevölkerung schröpfen. Auch hier appellieren wie immer die Kommunisten höchstens an Kurzsichtigkeit und Gedankenschaufel, niemals an wirkliches klares und zielbewusstes Verständnis für die Notwendigkeit einer weitestgehenden Arbeiterpolitik. Ueber die Antwort der Berliner Arbeiter sind wir im höchsten Grade beruhigt.

Seringer Fremdenzug.

Berlins Fremdenverkehr im Monat Juni weist wieder den Zusammenhang der Verkehrsentwicklung mit den allgemeinen Wirtschafts- und Währungsverhältnissen auf. Gegen 110 888 Fremde im Mai waren 119 570 im Juni zu verzeichnen, also ein Mehr von 8732. Der Ausländerzug erreicht nach der Feststellung der Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins im Juni 17 499, gegen 16 024 im Mai, also eine Steigerung um nur 1475. In Anbetracht der lebhaften Wirtschaftsbewegung in den letzten Wochen, angesichts des außerordentlich starken Einkaufsdrangs infolge der andauernden Preiserschließung, angesichts insbesondere der Verkehrsbelebung vor Eintritt der am 1. Juli verfallenden Eisenbahnfahrpreise, ist die Steigerung eine auffallend geringe. Sehr wesentlich geringer noch erscheint die Steigerung des Ausländerzuges, wenn man in Betracht zieht, daß sich Wert und Kaufkraft der fremden Wälen innerhalb der letzten Wochen nahezu verdreifachte. An erster Stelle erscheint diesmal Amerika mit 1946 Gästen, rund 700 weniger als im Juni v. J. Zieht man in Betracht, daß seit dem Stande vor einem Jahr der Dollar seinen Wert nahezu verdreifacht hat, daß also auch die Anziehung zum Ausnuten dieses Vorteils sich entsprechend verstärkt haben dürfte, so erkennt man daraus die Wirkung der 80prozentigen Beherrschungsteuer und der aus diesem Anlaß gegen Deutschland gerichteten feindseligen Propaganda. An zweiter Stelle erscheint diesmal Schweden mit 1828 Gästen; es folgt Oesterreich mit 1737, Rußland mit 1607, Holland mit 1559, Dänemark mit 1451, Polen mit 1264, Tschechoslowakei mit 1201, England mit 1086, Norwegen mit 907, die Schweiz mit 687 usw. 84 Franzosen und 108 Belgier dürften in Privatquartieren Unterkunft gefunden haben.

Ein öffentliches Gesangsconcert veranstaltet der Berliner Uhlmann-Chor am Sonnabend, den 7. Juli, abends 7 Uhr, auf dem Brunnenplatz am Amtsgerichtsgebäude unter Leitung seines Chormeisters. Zur Aufführung gelangen Volkslieder sowie Uhlmannsche Chöre.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung e. V. 18 Berlin, teilt mit, daß er in Berlin N. 20, Schwedenstr. 18, eine neue Filiale errichtet hat. Derselbst wird auch die Anmeldung von Sterbefällen entgegengenommen. Die Filiale Gertrudenstr. 35 ist aufgelöst worden. Bei dieser Gelegenheit stellt die Vereinsleitung nochmals fest, daß Mitglieder, die eine einjährige Karenzzeit absolviert haben und ihren sonstigen satzungsmäßigen Verpflichtungen nachgekommen sind, Anspruch auf kostenlose Bestattung haben und daß von den Hinterbliebenen solcher Mitglieder keinerlei Nachzahlungen erhoben werden. Alle anders lautenden Gerüchte sind als böswillige Verleumdungen zu bewerten. Verbreiter solcher Gerüchte werden strafrechtlich verfolgt.

